



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/252 - 30.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Staatsbürgerliche Aufklärung als Regierungsmonopol ?	S.1
Fünf Jahre Monnet-Plan	S.3
Kopf bleibt im Bundesrat	S.4

Auf Goebbels' Spuren

C.G. Es war gewiß ein verdienstvolles Unternehmen, das das Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität München mit seiner internationalen Arbeitstagung "Staatsbürgerliche Aufklärung als öffentliche Aufgabe im Dienste der Demokratie und des Weltfriedens" vom 24. bis 26.10. durchführte. Zum ersten Mal hatte man aus dem In- und Auslande Vertreter der verschiedensten Organisationen und Institutionen, die sich mit staatsbürgerlicher Aufklärung befassen, zusammengerufen. Dieser Aufgabe hätten sich amtliche Stellen der Bundesregierung schon längst unterziehen sollen. Daß sie es bisher versäumten, lag wohl weniger an mangelnder Phantasie als an der Furcht vor einer kritischen Öffentlichkeit, wie der Verlauf der Tagung erschreckend deutlich zeigte.

Die Mehrzahl der Teilnehmer bemühte sich zwar redlich um eine saubere Abgrenzung der Begriffe: Staatsbürgerliche Erziehung und Regierungspropaganda, und die Vertreter des Auslandes wiesen wiederholt auf die Notwendigkeit eines aus demokratischer Überzeugung kommenden Mißtrauens gegen ein Zuviel an amtlicher Tätigkeit gerade auf diesem Gebiet hin. Die Berichte der Regierungsvertreter über ihre Arbeit hingegen ließen deutlich erkennen, daß diese gutgemeinten theoretischen Überlegungen in völligem Widerspruch zur Praxis der sogenannten Aufklärungsarbeit stehen, wie sie von offiziellen Stellen der Bundesregierung

und besonders vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung und seinen vielen Filialunternehmungen mit Tarnbezeichnungen getrieben wird.

Die Grenzen von staatsbürgerlicher Aufklärungsarbeit und Regierungspropaganda im Sinne der Adenauer-Koalition verschwimmen dabei völlig. Es war geradezu grotesk, wie die Vertreter der Bundesregierung den präzisen Fragen nach den offenbar reichlich fließenden Geldquellen von Organisationen, wie "Gesellschaft freies Europa", "Gesellschaft für sozialen Ausgleich", "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" auswichen. Ihre Finanzierung aus öffentlichen Mitteln wurde mit dem entwaffnenden Hinweis auf die Wirtschaft, die hinter derartigen Unternehmen stehe, abgestritten. Als aber dann der Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages ebenfalls jede finanzielle Unterstützung derartiger Propagandaunternehmen durch seine Organisation in Abrede stellte, blieb nur noch der reichlich dürftige Hinweis auf die Einzel-Firmen, die Gelder auch dafür zur Verfügung stellten.

Durch derartige Methoden der Bundesregierung werden die in unserer jungen und schwachverankerten Demokratie so bitter notwendigen Bemühungen um echte staatsbürgerliche Aufklärung - jenseits aller parteipolitischen und weltanschaulichen Bindungen und Verflechtungen - von vornherein hoffnungslos diskreditiert. Die neugegründete Bundeszentrale für Heimatdienst, die kürzlich ihre Arbeit aufgenommen hat, ist deshalb von Anfang an mit einer wenig erfreulichen Hypothek belastet. Wenn offizielle Bonner Stellen reine Propaganda-Instrumente, wie etwa die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" und das "Bulletin" der Bundesregierung als Mittel staatsbürgerlicher Aufklärung bezeichnen, wird man die Tätigkeit der Bundeszentrale mit äußerstem Mißtrauen betrachten müssen. Die Absichten, die der Arbeit der Bundeszentrale zugrundeliegen sollen und über die bezeichnenderweise bisher nur spärliche Informationen zu erlangen waren, können diesen Verdacht nur bestärken. Wenn ein verantwortlicher Beamter des Bundesinnenministeriums z.B. erklärt, über die Einzelmethoden der Arbeit bei der Bundeszentrale dürfe in der Öffentlichkeit nichts bekannt werden und wenn er die sogenannte indirekte Beeinflussungsmethode, die sich sehr leicht unkontrollierbarer Kanäle bedienen kann, zum Prinzip der Tätigkeit der Bundeszentrale erhebt, wenn die Bundeszentrale weiter zwar von einer notwendigen engen Zusammenarbeit mit der Kultusminister-Konferenz spricht, in Wirklichkeit aber diesen Kontakt bisher so gut wie nicht gesucht hat, dann muß die Befürchtung sehr nahe liegen, daß es zumindest einige hohe Regierungsbeamte gibt, die mit dieser Einrichtung ein getarntes Propaganda- und Volksaufklärungs-Ministerium Goebbelsscher Prägung erstehen lassen möchten.

Die Bundeszentrale wird durch ihre praktische Arbeit im einzelnen erst noch beweisen müssen, daß sie Erziehung zur Demokratie auf wirklich überparteilicher Basis und nicht Propaganda für die Bonner Regierungskoalition betreibt.

+ + +

Die Lehren des Monnet-Plans

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Wenn der jetzige Präsident der Hohen Behörde der Montan-Union, Jean Monnet mit einem Bericht über den ersten französischen Fünfjahresplan seine bisherige Tätigkeit als Präsident des französischen Generalkommissariats für den Ausrüstungsplan abschließt, dann hinterläßt er ein Werk, das vom nationalen französischen Standpunkt aus alle Anerkennung verdient, aber auch über die Grenzen des Landes hinaus weite Beachtung finden sollte.

Der von ihm ausgearbeitete, und nach ihm benannte Monnet-Plan hat der Grundstoff- und Schwerindustrie Frankreichs eine Stellung innerhalb Europas verschafft, die auf die Entwicklung der deutschen Industrie nicht ohne Folgen bleiben kann. Daß der Schuman-Plan, so wie es die SPD schon immer behauptete, nur eine logische Fortsetzung dieses französischen Expansionsdranges ist, läßt sich an der Verlagerung der Produktionsschwerpunkte, wie sie aus den Produktionsziffern erkenntlich wird, aber auch an dem Einsatz der Investitionsmittel ohne weiteres ablesen. Damit wird allerdings ebenso deutlich, daß die günstige Standortlage der deutschen Industrie durch das französische Modernisierungsprogramm weitestgehend wettgemacht ist. Somit ist gar nicht sicher, daß deutsche Investitionsvorhaben aus dem Wortlaut des Schuman-Planes her den Vorrang genießen, wie es dessen Befürworter immer behaupteten.

Nicht durch hohe Gewinne verwöhnt

Dieser Jahresbericht läßt aber gleichzeitig auch erkennen, daß Jean Monnet mit einer klaren Konzeption die wirtschaftlichen Aufgaben seines Landes anpackte und nicht die "Karre" laufen ließ wie Herr Erhard. Zweifelsohne schnitt dabei im ersten Moment die verarbeitende Industrie nicht gerade vorteilhaft ab, doch sie konnte dessen ungeachtet ihre Versorgungsaufgaben voll erfüllen. Außerdem wurde sie aber nicht wie die deutsche verarbeitende Industrie durch unvernünftig hohe Gewinne verwöhnt, die diese sich jetzt durch überhöhte Preise und andere Manipulationen auch in der Zukunft sichern will, ohne bereit zu sein, den gesamtwirtschaftlich gesehen wichtigeren Grundstoffindustrien eine wirklich fühlbare Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Dieser Bericht vermittelt noch andere wichtige Erkenntnisse.

So wird u.a. auch die freiwirtschaftliche Behauptung widerlegt, daß in einem Lande mit sozialisierten Industriezweigen die Privatwirtschaft nicht mehr die notwendige Förderung genießen würde. Lediglich 38,2 % des gesamten Investitionsvolumen von knapp 3800 Mrd frs (45 Mrd DM) im Monnet-Plan sind an nationalisierte Wirtschaftszweige gegangen, obwohl diese fast die gesamte Grundstoffindustrie wie bedeutende metallverarbeitende Werke umfassen. Auf die einzelnen Planjahre verteilt ist dabei ein ständiger Rückgang des Anteils von anfänglich 50 % bis heute auf ca. 30 % zu verzeichnen. Diese gleiche, gesunde Entwicklung ist auch aus den Aufbringungsarten ablesbar: Die Selbstfinanzierung hat steigende Tendenz, während der Einsatz öffentlicher Mittel rückläufig ist. Hätte Deutschland diesen gleichen Weg verfolgt, dann würde heute von den Grundstoffindustrien nicht mehr so ein Preisdruck ausgehen und beständen wohl kaum noch Engpaßschwierigkeiten, die wir jetzt durch wertvolle Devisenhergabe über an sich unnötige Einfuhren ausgleichen müssen.

Was jetzt von den Grundzügen des zweiten französischen Fünfjahresplanes bekannt wurde, läßt auf eine gewisse Verlagerung der Schwerpunkte nach der Landwirtschaft und den verarbeitenden Industrien hin schließen. Die Zusammenhänge mit der Montan-Union aber auch mit den anderen Integrationsplänen sind dabei unverkennbar. Nach den bisherigen Erfahrungen kann nicht bezweifelt werden, daß die nunmehr zu fördernden Wirtschaftszweige einen Leistungsstand erreichen, der unsere Exportinteressen noch stärker berührt. Sie werden sogar eines Tages einmal ernsthaft gefährdet sein, wenn nicht die Erhardsche Planlosigkeit durch eine klare Konzeption abgelöst wird.

+ + +

Kopf bleibt im Bundesrat

E.A.-Hannover, Ende Oktober

Der EVG-Koalition in Bonn ist es nicht gelungen, die von dem Sozialdemokraten Kopf geführte niedersächsische Regierung zu stürzen. Der Braunschweiger Rechtsanwalt Dr. Hofmeister (CDU), der bis August 1950 niedersächsischer Justizminister war, ließ nichts unversucht, um einen Auftrag aus Bonn zu erfüllen und nebenbei auch gleich noch Ministerpräsident von Niedersachsen zu werden. Die SRP bekam den Rat sich aufzulösen und als "unabhängige" Fraktion noch vor der Karlsruher Urteilsverkündung den gehäßen Kopf niederzustimmen.

Die Sozialdemokraten parierten diesen Harzburger Dolchstoß dadurch, daß sie dem BHE den freien Staatssekretärposten im Innenministerium gaben. Das ist ihnen nicht leicht geworden, denn der BHE ist

ein unzuverlässiger Koalitionspartner. Aber es mußte verhindert werden, daß mit den Stimmen der SRP kurz vor dem Karlsruher Urteil der sozialdemokratische Einfluß im Bundesrat beseitigt wurde. Trotz namentlicher Abstimmung gelang es, einen Antrag der FDP, den Ministerpräsidenten wegen einer Rede beim Schlesiertreffen zu rügen, mit 68 gegen 66 Stimmen zu Fall zu bringen. Diese Abstimmung war zwar nicht entscheidend, zeigte aber die Kampfkraft Kopfs.

Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes gegen die SRP (durch das dann 16 Mandate verschwinden) hat der niedersächsische Landtag noch 142 Abgeordnete. Ein Mißtrauen gegen die Regierung gibt es nur in direkter Verbindung mit der Neuwahl eines Ministerpräsidenten. Dafür ist die Mehrheit der vorhandenen Mandate, also 72 Ja-Stimmen, nötig. Der Landtag setzt sich jetzt wie folgt zusammen: SPD 63, DP/CDU 40, BHE 18, FDP 13, Zentrum 4, Kommunisten 2 und noch zwei Einzelstimmen. (Praktisch sind nur 140 Abgeordnete verfügbar, denn einer von der äußersten Rechten sitzt für drei Jahre im Kittchen und ein Kommunist ist irgendwo in der Sowjetzone seit einem Jahr verschütt gegangen).

DP/CDU (die seit der Landtagswahl 1951 zum Leidwesen mehrerer Mitglieder beider Parteien unteilbare siamesische Zwillinge wurden) und FDP rufen jetzt nach Auflösung des Landtages. Die dazu erforderliche Mehrheit von 72 Stimmen glauben sie entweder mit dem einen noch vorhandenen Kommunisten oder mit den vier Zentrumsabgeordneten zusammenzubringen - wenn der BHE vollzählig mitmacht. Da der BHE aber unter keiner Voraussetzung mehr die Minister bekommen kann wie er sie jetzt hat, würde er sich ins eigene Fleisch schneiden, wenn er der Lastenausgleichsmehrheit von Bonn die Wünsche erfüllte. Ohne einheitlich stimmenden BHE aber geht es nicht.

Die Initiative für die Auflösung des niedersächsischen Landtags liegt also einstweilen bei den 63 Sozialdemokraten. Die verlangen schon seit langem vor der Abstimmung über den EVG-Vertrag einen neuen Bundestag. Wenn nach Ansicht der Adenauer-Koalition der 1949 gewählte Bundestag das Recht hat, mit winziger Mehrheit über das Schicksal des deutschen Volkes, das bei seiner Wahl von dieser Gefahr keine Ahnung hatte, zu entscheiden, dann kann mit keinem politischen und juristischen Kniff bewiesen werden, daß die Sozialdemokraten, denen der Verfassungsgerichtshof eben bestätigte, daß der niedersächsische Landtag einwandfrei funktionsfähig bleibt, den Landtag auflösen müßten.

Hinrich Wilhelm Kopf wird also vermutlich noch öfter im Bundesrat in Erscheinung treten.

+ + +

Mitteilung an alle Bezirker:

Wir bitten höflichst davon Kenntnis zu nehmen, daß unser politischer Dienst am Samstag, dem 1. November wegen des Feiertages "Allerheiligen" nicht erscheint. (D.Rcd.)

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau